



Forschungsergebnisse

Internetwirtschaft in Deutschland weiter auf Wachstumskurs

Wirtschaftspolitische Analyse

Mietspiegel sind reformbedürftig

Standpunkt

Wirtschaftsprogramm von Donald Trump lässt klare Linie vermissen

Foto: © istockphoto.com/ferrantraite

Der Bevölkerung in den USA fehlen Möglichkeiten zur politischen Beteiligung

Wenn es um politische Teilhabe geht, sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein Land der begrenzten Möglichkeiten. Wie eine ZEW-Studie zeigt, mangelt es der US-amerikanischen Bevölkerung zwar rechtlich nicht an Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Allerdings sind die Chancen, diese Rechte auch tatsächlich wahrzunehmen, größtenteils schon bestimmt, bevor Kinder das wahlfähige Alter erreichen.

In den vergangenen Jahrzehnten ist insbesondere in den Politik- und Sozialwissenschaften, zunehmend aber auch in den Wirtschaftswissenschaften, ausgiebig das Thema erforscht worden, wie der sozio-ökonomische Status, gemessen an Einkommen oder Bildungsabschluss, die politische Teilhabe beeinflusst. Allgemein gilt, dass Menschen mit einem niedrigeren sozio-ökonomischen Status dazu neigen, sich weniger an poli-

tischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das ZEW wählt in seiner Analyse nun einen anderen Ansatz und erweitert so die Bandbreite der Forschung zu diesem Thema: Am Beispiel der US-Wahlen des Jahres 2000 wird untersucht, ob und wie Faktoren, die sich der Kontrolle des Einzelnen entziehen die politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern in den USA prägt. Dabei stehen vor allem die effektiven statt der formalen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe im Vordergrund.

Als unterschiedliche Varianten politischer Partizipation betrachten die ZEW-Wissenschaftler die Registrierung zur US-Präsidentenwahl im Jahr 2000 sowie die tatsächliche Stimmabgabe für diese Wahl, die letztlich der republikanische Bewerber George W. Bush für sich entschied. Hinzu kamen der persönliche Kontakt mit Politikerinnen und Politikern, die Teilnahme an Kundgebungen und Protestmärschen, die Mitglied-

schaft in einer politischen Organisation, ehrenamtliche Arbeit etwa für Vereine und schließlich die Häufigkeit der Stimmabgabe bei Regional- und Kommunalwahlen.

Für die Analyse wurden national repräsentative Paneldaten US-amerikanischer Bildungseinrichtungen herangezogen, die mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) in Deutschland vergleichbar sind. Die Daten umfassen Informationen zu mehr als 20.000 Jugendlichen, die zu Beginn der Erhebung in den Jahren 1994/95 die Schulklassen 7 bis 12 besuchten. Aus diesen Daten ließen sich wiederum Informationen über äußere Lebensumstände wie die soziale Herkunft, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen, die Religionszugehörigkeit sowie auch die psychosoziale Stabilität von US-Amerikanerinnen und US-Amerikanern in der Spanne zwischen Kindheit und Erwachsenenalter gewinnen.

Politische Beteiligung in den USA gerät zur Geburtslotterie

Die Ergebnisse zeigen, dass Amerika ein Land der begrenzten Möglichkeiten ist, wenn es um politische Teilhabe geht. Formal haben die Bürgerinnen und Bürgern zwar vielfältige Möglichkeiten, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Inwiefern eine Person dann tatsächlich politisch aktiv wird, lässt sich jedoch vor allem auf Faktoren zurückführen, die größtenteils bereits bestimmt sind, bevor Kinder das wahlfähige Alter erreichen, und die sich der eigenen Kontrolle entziehen. Politische Beteiligung wird damit quasi zu einer Geburtslotterie.

Die Resultate der ZEW-Studie weisen weiter darauf hin, dass die Chancen auf politische Beteiligung in den USA je nach Beteiligung bis zu 50 Prozent durch den familiären Hintergrund und individuelle Kindheitserfahrungen vorherbestimmt sind. Für weniger Privilegierte kommen Parteizugehörigkeit, der direkte Kontakt mit Amtsträgern sowie die Teilnahme an Demonstrationen und Protestmärschen als Instrumente politischer Teilhabe oftmals gar nicht erst in Frage.

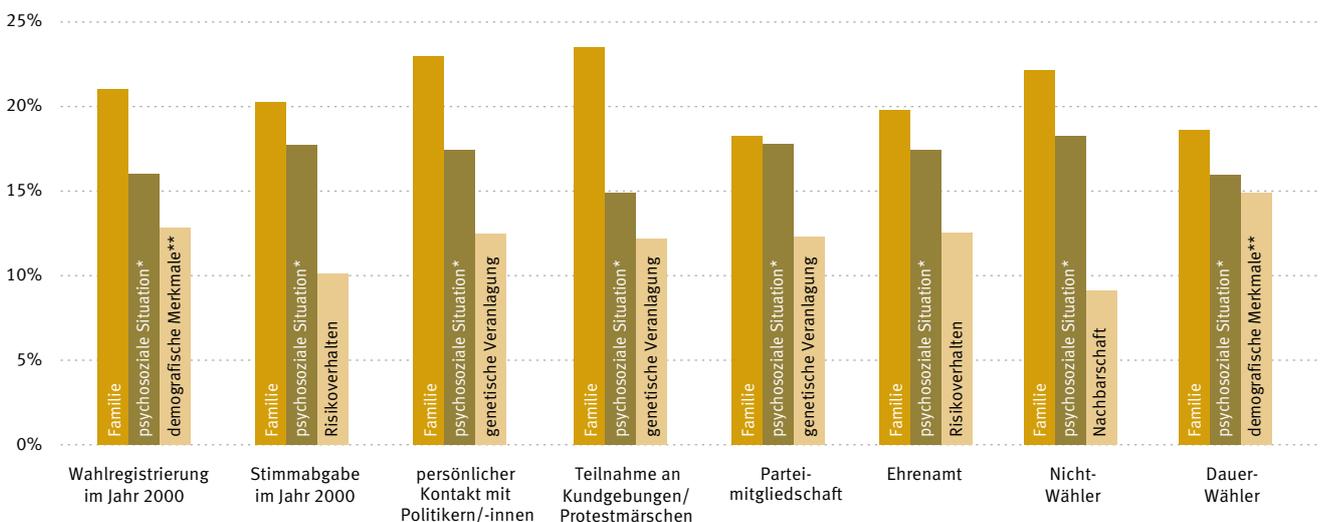
Chancenungleichheit bei verschiedenen Formen der Partizipation hält über Jahre hinweg an

Diese Chancenungleichheit beschränkt sich nicht nur auf eine Form der politischen Teilhabe. Vielmehr gehen Chancenungleichheiten in jeder einzelnen der analysierten Möglichkeiten politischer Teilhabe mit Chancenungleichheiten bei den anderen Möglichkeiten einher. Es scheint also nicht einen Typ Bürger/in zu geben, der/die beispielsweise eher den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern sucht, während sich andere Typen eher an Protestmärschen beteiligen. Diese Chancenungleichheit schwächt sich im Laufe der Jahre auch nicht ab, im Gegenteil: Jugendliche, die zu Beginn der Datenerhebung nicht politisch aktiv waren, nahmen auch als junge Erwachsene ihre Möglichkeiten zur politischen Teilhabe seltener wahr.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78445

Paul Hufe, hufe@zew.de
Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@zew.de

FAMILIÄRE HINTERGRÜNDE BEDINGEN HAUPTSÄCHLICH DIE CHANCENUNGLEICHHEIT BEI POLITISCHEN BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN IN DEN USA



*Selbstschätzungen, Einstellungen zum Leben, Erwartungen für die eigene Zukunft, Indikatoren für psychologische Probleme; ** wie z.B. Geburtsjahr, Geschlecht

Quelle: ZEW

Staatliche Hilfe für den Ausbau von Breitbandinternet verhindert Landflucht

Die Europäische Union misst dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand bei. So können ländlichen Gebieten mit EU-Genehmigung staatliche Hilfen beim Breitbandausbau gewährt werden. Eine aktuelle ZEW-Studie evaluiert dabei erstmals die Effektivität dieser Maßnahmen – und zeigt, dass diese staatlichen Hilfen dazu beitragen, eine weitere Landflucht einzudämmen.

Um das Ziel einer möglichst flächendeckenden Basisbreitbandversorgung voranzutreiben, will die EU Anreize für private Anbieter setzen, in schlecht versorgten ländlichen Gebieten in den Ausbau der Breitband-Zugänge zu investieren. Seit dem Jahr 2003 werden staatliche Hilfen in ländlichen Gegenden gewährt, da hier die Investitionsanreize aufgrund hoher Ausbaukosten und niedriger Gewinnspannen recht klein sind. Die EU-Kommission hat von 2003 bis 2014 136 Anträge auf staatliche Hilfe bewilligt. Ob diese staatlichen Hilfen ihre Ziele – einerseits den Ausbau der Breitbandinfrastruktur und andererseits die Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen städtischen und ländlichen Regionen – für die 2.056 einzelnen Gemeinden des Bundeslands Bayern erreicht haben, ist Gegenstand der Untersuchung des ZEW. Die Studie geht dabei erstmals diesem Phänomen auf Basis eines umfangreichen Mikrodatsatzes auf Ebene bayrischer Gemeinden nach.

Förderung für 1.300 bayerische Gemeinden

Bayern startete 2007 die Initiative „Breitband für Bayern“ mit dem Ziel, den Breitbandausbau in den ländlichen Gebieten voranzutreiben und so vergleichbare Lebensbedingungen für die Einwohner/innen von Stadt und Land zu schaffen. Verglichen mit anderen deutschen Bundesländern hinkt Bayern beim Ausbau deutlich hinterher. Von 2007 bis Ende 2011 wurden 1.300 Gemeinden über die Initiative staatliche Hilfe bewilligt, das sind etwa 63 Prozent aller bayerischen Gemeinden. Der Förderbetrag belief sich auf 107,6 Millionen Euro, im Durchschnitt etwa 83.000

Euro je Gemeinde. Die Förderung wurde sowohl für Machbarkeitsstudien und Planungen bewilligt als auch für die Verringerung der Profitabilitätslücke beim Ausbau der Netzinfrastruktur.

Zugang zu Breitbandinternet deutlich verbessert

Der empirischen Analyse liegen verschiedene Datenquellen zu sozio- und geostrukturellen, wirtschaftlichen und politischen Informationen sowie zur Anzahl der freiberuflich Tätigen in Bayern im Zeitraum von 2010 bis 2014 zugrunde. Verwendet wurden zudem Daten zum Grad des Breitbandausbaus und zu staatlichen Hilfen in den einzelnen Gemeinden. Insgesamt besteht die Stichprobe aus 1.885 Gemeinden, von denen 1.129 in den Jahren 2010 oder 2011 staatlich gefördert wurden.

Wie die ZEW-Studie zeigt, können staatliche Hilfen als sehr effektiv für die Entwicklung des Breitbandausbaus bewertet werden. So hatten in bayerischen Gemeinden, die staatliche Hilfe erhalten haben, zwischen 16,8 Prozent und 23,2 Prozent mehr Haushalte Zugang zu Breitbandinternet als in Gemeinden ohne staatliche Förderung. Die Studie fand Hinweise darauf, dass dieser Einfluss für größere Bandbreiten (16 Megabit/Sekunde) stärker ausgeprägt ist als für geringere Bandbreiten (zwei beziehungsweise sechs Megabit/Sekunde) und dass sich dieser Effekt zudem über die Jahre verstärkt hat. Ein weiteres zentrales Ergebnis ist, dass aufgrund staatlicher Hilfen zum Breitbandausbau im Durchschnitt zusätzlich sieben sozialversicherungspflichtig Beschäftigte die geförderte Gemeinde als Wohnort wählten. Das heißt, es siedelten sich mehr Personen in diesen ländlichen Gemeinden an, als Personen von dort wegzogen – ein Hinweis darauf, dass deren Attraktivität als Wohnort gestiegen war. Insofern trägt der staatlich geförderte Breitbandausbau dazu bei, einer Entvölkerung des ländlichen Raums entgegenzuwirken.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78336

Dr. Wolfgang Briglauer, briglauer@zew.de
 Niklas Dürr, duerr@zew.de
 Prof. Dr. Kai Hüschelrath, hueschelrath@zew.de

INHALT

Der Bevölkerung in den USA fehlen Möglichkeiten zur politischen Beteiligung. 1

Staatliche Hilfe für den Ausbau von Breitbandinternet verhindert Landflucht. 3

Internetwirtschaft in Deutschland bleibt weiter auf Wachstumskurs. 4

Vergleichsportale haben Hochkonjunktur bei steigenden Strompreisen. 5

Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW – Die Dramaturgie der Eurokrise. 6

25 Jahre internationale Forschung am ZEW. 7

Mietspiegel in Deutschland müssen dringend reformiert werden. 8

Nachgefragt: Was bringt eine EU-Arbeitslosenversicherung für die Eurozone? 9

ZEW intern. 10

Daten und Fakten, Termine. 11

Standpunkt. 12

Internetwirtschaft in Deutschland bleibt weiter auf Wachstumskurs

Die deutsche Internetwirtschaft hat im Jahr 2015 über 111 Milliarden Euro umgesetzt und damit deutlich mehr als im Vorjahr. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland bei den Pro-Kopf-Umsätzen der Internetwirtschaft den fünften Rang und liegt weiterhin im Mittelfeld. Zu diesen Ergebnissen kommt der Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016, den das ZEW, gemeinsam mit TNS Infratest im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erstellt hat.

Trotz eines erneuten Umsatzanstiegs der Internetwirtschaft um neun Prozent verglichen mit dem Vorjahr, konnte sich Deutschland im internationalen Vergleich nicht aus dem Mittelfeld absetzen. Pro Einwohner wurden im vergangenen Jahr 1.379 Euro mit internetbasierten Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet. Die höchsten Umsätze weisen Großbritannien (2.585 Euro), Südkorea (2.389 Euro) und die USA (2.352 Euro) auf.

Einer der Gründe für das stetige Wachstum der Internetwirtschaft in Deutschland ist die positive Entwicklung der Außenhandelsbilanz. Der Importüberschuss internetbasierter Güter und Dienstleistungen hat seit 2013 stark abgenommen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), entspricht der aktuelle Wert der Internetwirtschaft einem BIP-Anteil von rund 3,7 Prozent (nach 3,5 Prozent im Jahr 2014).

Neben der Internetwirtschaft stellt die IKT-Branche eine zweite wesentliche Komponente der Digitalen Wirtschaft in Deutschland dar. Die Bruttowertschöpfung der IKT-Branche ist 2015 erneut gestiegen und liegt bei fast 99 Milliarden Euro. Damit trägt die IKT-Branche 4,7 Prozent zur gewerblichen Wertschöpfung bei und positioniert sich noch vor dem Maschinenbau sowie der

Chemie- und Pharmabranche. Zwischen 2010 und 2015 verzeichnete die IKT-Branche einen Anstieg der Bruttowertschöpfung um mehr als 21 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von mehr als 27 Prozent entspricht. Während das Teilsegment der IKT-Hardwarehersteller in den vergangenen Jahren nur einen Anstieg von zwei Prozent verzeichnete, wird die Zunahme an Wertschöpfung hauptsächlich durch die IKT-Dienstleister (plus 31 Prozent) getrieben.

IKT-Branche erzielt leichtes Umsatzplus

Im Jahr 2015 investierte die IKT-Branche 14,5 Milliarden Euro und leistete damit einen Beitrag von 2,9 Prozent an der gesamten Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland. Der erwirtschaftete Umsatz stieg moderat auf 223 Milliarden Euro. 1.078.759 Menschen waren 2015 in der IKT-Branche tätig und damit zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 Prozent an allen Erwerbstätigen in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland.

Die Anzahl der Unternehmensgründungen in der IKT-Branche lag 2015 bei etwas mehr als 6.600. Sie weist damit den niedrigsten Wert seit 2002 auf. Im Vergleich zur Gründungsdynamik in Deutschland insgesamt ist die Entwicklung in der IKT-Branche in den vergangenen Jahren allerdings günstiger verlaufen.

Der vollständige „Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016“ findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/IKTMonitoring2016.pdf>

Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Die deutsche Internetwirtschaft hat ihren Umsatz erneut gesteigert, rangiert im internationalen Vergleich bei den Pro-Kopf-Umsätzen jedoch weiter im Mittelfeld.



Vergleichsportale haben Hochkonjunktur bei steigenden Strompreisen

Wird an der Preisschraube gedreht, spielen Kunden häufig mit dem Gedanken, ihren Stromanbieter zu wechseln. Online-Portale, über die sich Strompreise verschiedener Anbieter vergleichen lassen, sind dabei zunehmend gefragt: Eine ZEW-Studie zeigt, dass Haushalte in Deutschland deutlich häufiger Preisvergleichsportale im Internet aufrufen, wenn der Grundversorger in ihrem Versorgungsgebiet die Strompreise anhebt.

In vielen Märkten geben Anbieter Kosten asymmetrisch weiter, sodass die Preise bei steigenden Kosten stark ansteigen, bei fallenden Kosten jedoch kaum sinken. Dieses Phänomen ist auch bekannt als „Raketen und Federn“ („Rockets and Feathers“). Da dieses Phänomen auch in Märkten mit sehr vielen Anbietern auftritt, scheinen implizite oder explizite Preisabsprachen als Erklärung nicht ausreichend zu sein. Ein Erklärungsansatz ist, dass Konsumenten verstärkt nach billigeren Anbietern suchen, wenn die Preise steigen und nur wenig nach billigeren Alternativen suchen, wenn die Preise fallen oder sich nicht verändern. Die Anbieter haben somit wenig Anlass ihre Preise zu senken, wenn die Kosten fallen. Steigen die Kosten jedoch, so müssen sie ihre Preise anpassen, um weiterhin profitabel zu bleiben. Dieser Zusammenhang zwischen asymmetrischer Kostenweitergabe und Suchverhalten der Konsumenten konnte in der ZEW-Studie erstmals empirisch am Beispiel des Endkundenstrommarkts nachgewiesen werden. Die dabei verwendeten Daten wurden vom Energiedatendienstleister ene't sowie vom Marketing-Dienstleister Acxiom zur Verfügung gestellt.

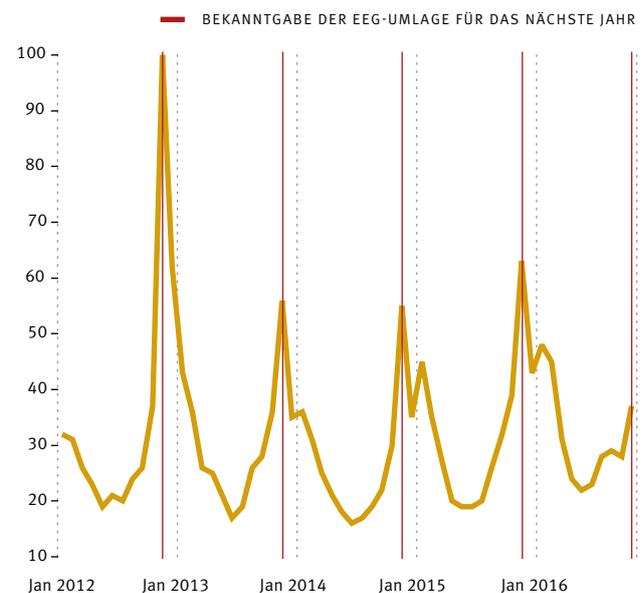
Grundversorger profitieren von Trägheit der Haushalte

In diesem Markt können Haushalte – seit der Liberalisierung im Jahr 1999 – frei wählen, von wem sie ihren Strom beziehen wollen. Ein Wechsel vom Grundversorgungstarif zu einem billigeren Anbieter ermöglicht den Haushalten dabei substantielle Einsparungen: Ein durchschnittlicher Zwei-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 2000 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr konnte etwa im Jahr 2015 durch einen Wechsel aus dem Grundversorgungstarif zum billigsten Anbieter durchschnittlich 203 Euro sparen oder knapp 23 Prozent seiner jährlichen Stromrechnung. Obwohl ein solcher Wechsel mittlerweile mit Hilfe von Online-Strompreisvergleichsportalen wie Verivox und Toptarif sehr leicht und schnell vonstattengeht, bleibt nach wie vor die Mehrheit der Haushalte beim Grundversorger.

Ein möglicher Grund für die weiterhin bestehende Trägheit der meisten Haushalte ist die fehlende Information über mögliche Einsparungen durch einen Wechsel sowie teilweise undurchsichtige Tarifstrukturen. Das tatsächliche Einsparpotenzial durch einen Anbieterwechsel spielt nur eine untergeordnete Rolle, da es dem Kunden ex ante unbekannt ist – um das zu er-

fahren müsste der Kunde zunächst aktiv suchen. Steigen die Preise jedoch, so erhoffen sich die Kunden Einsparmöglichkeiten von einem Wechsel. Die ZEW-Studie nutzt sämtliche Aufrufe von mehreren Preisvergleichsseiten durch Haushalte und zeigt, dass Haushalte deutlich häufiger Preisvergleichsseiten aufrufen, wenn der Grundversorger in ihrem Versorgungsgebiet die Preise anhebt. Weiter wird gezeigt, dass die Kosten im Endkundenstrommarkt zwar asymmetrisch weitergegeben werden, diese Asymmetrie jedoch durch unterschiedliches Suchverhalten bei steigenden beziehungsweise fallenden Preisen erklärt werden kann. Dass bei steigenden Preisen mehr gesucht wird, lässt

SUCHANFRAGEN FÜR „VERIVOX“ BEI GOOGLE TRENDS
(INDEXWERT MIT BASIS NOVEMBER 2012=100)



Die Abbildung zeigt die Suchen nach „Verivox“, der führenden Preisvergleichsseite für Strom- und Gasanbieter. Ähnliche Muster ergeben sich jedoch ebenfalls für verwandte Suchanfragen wie Toptarif, Stromvergleich, Mut Zum Wechseln etc.
Quelle: ZEW

sich grafisch zeigen: Stromanbieter sind verpflichtet, Kunden Preisanpassungen für das Folgejahr bis spätestens zum 20. November mitzuteilen, woraufhin diese ein Sonderkündigungsrecht genießen. Durch den geförderten Ausbau von erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) steigt die EEG-Umlage deutlich, was sich in den Strompreisen niederschlägt. Im November, wenn die Preisanpassungen bekanntgegeben werden, steigt auch die Suchintensität (siehe Abbildung).

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78449

Dr. Sven Heim, heim@zew.de

Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW – Die Dramaturgie der Eurokrise

Europa leidet seit 2009 unter der Eurokrise und ihren Folgen. Eine Lösung scheint derzeit nicht in Sicht – zumindest nicht auf politischer Ebene. Dagegen schlägt Prof. Dr. Markus K. Brunnermeier von der US-amerikanischen Princeton University mit dem Konzept der sogenannten „European Safe Bonds“ – kurz ESBies – einen Weg aus der Misere vor. Als Teil der Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW stellte Brunnermeier seinen Ansatz am 4. Oktober 2016 vor und damit seine Sicht einer möglichen Rettung der Eurozone aus dem Dauerkrisezustand.

Ein Kernproblem der Eurokrise liegt in den grundlegend unterschiedlichen ökonomischen Philosophien dies- und jenseits des Rheins. Ein wesentlicher Faktor ist demnach, dass Deutschland und Frankreich komplett gegensätzliche Positionen mit Blick auf die EU-Konvergenzkriterien zu Preisniveaustabilität und Inflationsrate vertreten, wie sie im Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 stehen. „Es ist zu einer gravierenden Macht-

eigenen, nationalen Interessen beurteilt, dann immer durch die Brille der Ideologie“, analysierte Brunnermeier, „das führt zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen.“ Im Falle Deutschlands und Frankreichs lasse sich das anhand von vier Dimensionen aufzeigen, die ganz unterschiedliche Perspektiven auf Geld- und Fiskalstabilität sowie Finanzstabilität in Berlin und Paris widerspiegeln.

Während die Franzosen eher aktives Krisenmanagement betrieben, würden sich die Deutschen zur Krisenprävention an Regeln halten. Dort extreme Selbstbindung bei strikter Flexibilität, hier Sicherheitsventile wie etwa ein Schuldenschnitt, führte Brunnermeier aus. Frankreich setze zudem auf das Solidaritätsprinzip in Form einer Fiskalunion, Liquidität und Reformen in Boom-Phasen. Deutschland dagegen vertraue auf das Haftungsprinzip in Form der „No bail-out“-Klausel, Solvenz und Reformen in Krisenzeiten, um den benötigten politischen Druck aufzubauen. Zwar seien alle diese Dimensionen schon während der Maastricht-Verhandlungen vorhanden gewesen. „Aber die Wichtigkeit der Finanzstabilität lag in Maastricht noch nicht so offen auf dem Tisch“, so Brunnermeier. Die Rechnung dafür zeige sich jetzt an der Staatsschuldenkrise.

ESBies bündeln Staatspapiere nach Risikoklassen

„Wenn ein Staat Schulden in Euro hat, kontrolliert er die Währung nicht mehr, kann folglich nicht mehr in Eigenregie abwerten und wird daher zum Ausfallrisiko“, fasste Brunnermeier zusammen, „das ist die Dramaturgie der Eurokrise“. Da Euro-Schulden wie ausländische Währungsschulden zu handhaben seien, sei eine sichere europäische Anlagemöglichkeit gefragt: eben ESBies. Das Konzept der ESBies bündelt Brunnermeier zufolge Staatspapiere und tranchiert sie nach Risikoklassen beziehungsweise in riskante Junior- und sichere Senioranleihen. „Damit verschiebt sich die Kapitalflucht weg von Ländergrenzen hin zu einer Flucht in Junior- und Senioranleihen“, so Brunnermeier.

In der von ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. moderierten Podiumsdiskussion im Anschluss an den Vortrag debattierte Markus Brunnermeier mit Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, über das ESBies-Konzept. Friedrich Heinemann warf ein, dass es eine große, übergeordnete Agentur brauche, die ESBies bündeln müsse. „Das schafft eine enorme politökonomische Macht“, warnte der ZEW-Wissenschaftler, „ein viel milderer Mittel wäre eine saubere Regulierung, durch die Eigenkapitalprivilegien bei Staatsanleihen und Klumpisiken eliminiert werden.“ Das ZEW habe die Idee der „Accountability Bonds“ entworfen, die nicht an den Geldbeständen, sondern am Geldfluss ansetze.

Felix Kretz, kretz@zew.de



Prof. Dr. Markus K. Brunnermeier führt das Kernproblem der Eurokrise auf starke ökonomische Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland zurück.

verschiebung von Brüssel nach Berlin und Paris gekommen“, erklärte Markus Brunnermeier zu Beginn seines Vortrags. Besagte Verschiebung machte der deutsche Ökonom, Leiter des Bendheim Center of Finance an der Princeton University sowie Berater der Deutschen Bundesbank und des Internationalen Währungsfonds, an einigen historischen Wendepunkten fest: darunter die Gründung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) 2010, die „Whatever it takes“-Rede von Mario Draghi als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) in London, die den Weg hin zu einem Bail-in-Regime während der Zypernkrisen 2013 ebnete, sowie zuletzt die Entscheidung Großbritanniens zum Austritt aus der Europäischen Union. „Wenn man die



Foto: ZEW

25 Jahre ZEW – Europafokus als Auftrag

Das ZEW feiert in diesem Jahr mit einem Festakt am 8. Dezember in Mannheim sein 25-jähriges Bestehen. Dies ist Anlass, in den ZEWnews im Vorfeld des Festakts die enorme Aufbauleistung des ZEW zu würdigen. Nachdem ein Beitrag in der Oktober-Ausgabe bereits die außergewöhnlich dynamische Entwicklung des ZEW zu einem der großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland nachgezeichnet hat, widmet sich der vorliegende Text den internationalen Aktivitäten der Forschungseinrichtung.

Schon der Name macht durch die Bezeichnung „europäisch“ deutlich, dass dem ZEW eine starke internationale und vor allem europäische Ausrichtung mit auf den Weg gegeben wurde. Wie wichtig diese ist, wird im derzeitigen politischen Umfeld sehr deutlich. So beschäftigt sich das ZEW unter anderem mit Fragen zur Eurokrise, zur Migration, zum Brexit und den sich rasch verändernden Beziehungen zu den USA ebenso wie mit Umwelt- und Klimaschutz. Eine wichtige Rolle spielt das ZEW aber auch bei der Analyse des internationalen Steuerwettbewerbs mit Hilfe des European Tax Analyzers, einem gemeinsam mit der Universität Mannheim entwickelten Instrument für internationale Steuerbelastungsvergleiche sowie bei der Beurteilung der Innovationsstärke von Unternehmen im Rahmen der Community Innovation Surveys der Europäischen Kommission.

Starke Forschungsarbeit auf europäischer Ebene

Dass die Forschungs- und Beratungsarbeit des ZEW nicht nur national, sondern insbesondere auch auf europäischer Ebene nachdrücklich anerkannt wird, zeigt der „Förderatlas 2015“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Er weist aus, dass das Institut im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm von 2007 bis 2013 mehr EU-Mittel einwerben konnte als alle anderen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute. Sein außerordentlich erfolgreiches Engagement im 7. Forschungsrahmenprogramm setzt das ZEW im Nachfolgeprogramm „Horizont 2020“ (2014-2020) fort. Dabei bearbeiten die Wissenschaftler/innen des ZEW nicht nur Projekte im Auftrag der EU, sondern stehen den europäischen Institutionen im Prozess der Politikgestaltung auch häufig als Gutachter/innen und Experten/innen zur Verfügung. In Brüssel selbst ist das Forschungsinstitut seit 2014 regelmäßig mit der Veranstaltungsreihe der ZEW Lunch Debates präsent. Die Idee dabei, mit den Entscheidungsträgern vor Ort wichtige aktuelle europäische wirtschaftspolitische Themen zu diskutieren, stößt auf eine hervorragende Resonanz. Dies vor allem auch

deshalb, weil die Vortragsreihe Diskutanten/-innen aus unterschiedlichen EU-Ländern mit Mitgliedern der Kommission ins Gespräch bringt und so eine europäische Perspektive vermittelt.

Engagement treibt internationale Kooperation voran

Die stetige Internationalisierung des ZEW – mit den USA und China als Schwerpunkte neben Europa – ist wesentlich ein Ergebnis der Arbeit der sehr engagierten Wissenschaftler/innen des Instituts. Sie sind bestens in der internationalen „Scientific Community“ vernetzt und nehmen jährlich an einer Vielzahl von Konferenzen und Workshops im In- und Ausland teil, bei denen sie im vergangenen Jahr in rund 400 Vorträgen wissenschaftliche Forschungsergebnisse des ZEW vorgestellt haben. Gleichzeitig hat sich das Institut aber auch selbst einen Namen als Organisator hochrangiger Konferenzen gemacht. So fand 2016 zum Beispiel das „Transatlantic Public Economics Seminar“ (TAPES), eine der prestigeträchtigsten Konferenzen im Bereich Finanzwissenschaft, am ZEW in Mannheim statt.

Eine starke Triebfeder der internationalen Vernetzung des ZEW sind Arbeitsaufenthalte ausländischer Gastwissenschaftler/innen am ZEW sowie die Mitarbeit von Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts an renommierten Universitäten, Forschungseinrichtungen und Organisationen in Europa, Nordamerika und China. Zu den weltweiten Partnern zählen etwa der International Monetary Funds (IMF) ebenso wie die Universitäten in Harvard, Berkeley und Stanford oder die chinesische Fudan-Universität, um nur einige wenige zu nennen.

Maßgeblich unterstützt werden die Ziele des ZEW durch das Forschungsprogramm „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies (SEEK)“. Seit seinem Start 2010 wurden über 40 anwendungsorientierte Forschungsprojekte gefördert, wobei die Beteiligung ausländischer Wissenschaftler/innen Förderungsvoraussetzung ist.

Den Weg einer nachhaltigen internationalen Zusammenarbeit will das ZEW auch künftig weiter verfolgen. Nur so wird es möglich sein, die sich im globalen Kontext ergebenden komplexen Problemstellungen wissenschaftlich fundiert zu analysieren, Handlungsempfehlungen für die Politik abzuleiten und im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Starke Bestrebungen des Instituts zu einer nachhaltigen Einbindung exzellenter Wissenschaftler/innen, gerade aus dem Ausland, als Mitarbeiter/innen und Forschungsprofessoren/-innen begleiten diese Zielsetzung.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

Mietspiegel in Deutschland müssen dringend reformiert werden

Durch die Ausrichtung der Mietpreisbremse an der ortsüblichen Miete sind Mietspiegel zur zentralen Referenzgröße für die Preisbildung bei Wiedervermietungen geworden. Die Realität auf den Mietwohnungsmärkten Deutschlands wird durch bestehende Mietspiegel jedoch nur unzureichend abgebildet. Eine Studie des ZEW gemeinsam mit der Universität Regensburg hat deshalb Vorschläge für marktkonforme Mietspiegel erarbeitet.

Seit Sommer 2015 schreibt die Mietpreisbremse vor, dass bei Wiedervermietung einer Wohnung die Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Was dabei als ortsüblich gilt, wird meist durch einen Mietspiegel konkretisiert. Wird der Spiegel nach wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt, so gilt er gesetzlich als „qualifiziert“, bei Rechtsstreitigkeiten kommt ihm besondere Beweiskraft zu. In der Praxis ist es um die wissenschaftliche Qualität vieler Mietspiegel schlecht bestellt. Die Datengrundlagen sind meist lückenhaft, wesentliche Wohnwertmerkmale bleiben unberücksichtigt oder die Berechnung ist für Dritte nicht ausreichend nachvollziehbar. Im Resultat geben Mietspiegel die wahren Knappheitsverhältnisse an den Wohnungsmärkten kaum wider – im Gegenteil: Sie weisen systematisch niedrigere Mieten aus als am Markt üblich.

Wirkung der Mietpreisbremse als wirtschaftspolitisches Instrument zweifelhaft

Zwar hat die Mietpreisbremse den Anstieg der Mieten bisher kaum dämpfen können. Dies hat gute Gründe – Mietverhältnisse sind private Verträge, und Neumietter haben kaum Anreize, gerichtlich gegen ihre Vermieter vorzugehen. Dennoch ist zu erwarten, dass sich mittelfristig negative Wirkungen des wirtschaftspolitisch zweifelhaften Instruments einstellen werden: Vermieter, die keine Marktmieten mehr durchsetzen können, werden ihre Mietwohnungen vermehrt in Eigentumswohnungen umwandeln. Die Mietwohnung als individuelle Vermögensanlage verliert an Attraktivität. Um diese Effekte zu vermeiden, gilt es den Mietspiegel so zu reformieren, dass er marktkonform ist und auf beiden Marktseiten Akzeptanz findet.

Damit die Datenbasis von Mietspiegeln repräsentativ ist, sollte zunächst eine vollständige Erfassung aller Neuvermietungen die heute üblichen Stichprobenverfahren ersetzen. Eine solche Vollerhebung ließe sich umsetzen, indem Vermieter zur Meldung aller relevanten Informationen verpflichtet würden. Die Meldung selbst wäre kein zusätzlicher Aufwand: Die nötigen Informationen werden meist bereits bei Internetplattformen eingespeist. Für die Erhebung und Verwaltung der Mietdaten könnte auf bereits bestehende Strukturen zurückgegriffen werden, denn die örtlichen Gutachterausschüsse für Grundstückswerte führen bereits seit 1960 eine Kaufpreissammlung über alle Im-

mobilienverkäufe. Sie könnten die Zuständigkeit für die Mieten-erhebung übernehmen. Dies würde zugleich die Unabhängigkeit des Mietspiegels von politischer Einflussnahme befördern.

Auch die Mietspiegelberechnung muss optimiert werden. Unterschiede im Zeitbezug der einfließenden Daten müssen adäquat berücksichtigt werden, ebenso das Vorhandensein besonderer Anbietergruppen am Wohnungsmarkt. Das Qualitätsmerkmal der Wohnlage gilt es zudem deutlich differenzierter zu behandeln, als dies aktuell der Fall ist. Abschließend präzise Vorgaben sind dabei weder sinnvoll noch möglich: In Detailfragen gibt es in aller Regel mehrere gleichwertige Lösungsansätze. Auf jeden Fall sollten die einzelnen Schritte zur Erstellung



Die Mietpreisbremse hat bisher kaum dazu geführt, dass die Mieten in deutschen Großstädten wie München nicht weiter ansteigen.

eines Mietspiegels in einer Form dokumentiert und veröffentlicht werden, die eine Nachvollziehbarkeit durch Dritte ermöglicht und den Wettbewerb um Best-Practice-Lösungen anregt.

Trotz aller Kritik gilt für die Mietpreisbremse, dass sie den politischen Willen nach einer Begrenzung des Mietenwachstums in transparenter, regelgebundener Form zum Ausdruck bringt. Die Kalkulation von Referenzpreisen muss aus ordnungspolitischer Sicht jedoch unabhängig von staatlicher Einflussnahme erfolgen. Durch marktkonforme Mietspiegel ließe sich gewährleisten, dass Mieten in angespannten Märkten kurzfristig nicht übermäßig steigen, zugleich aber – wengleich mit Verzögerung – weiter die volkswirtschaftlich richtigen Preissignale setzen.

Die Studie „Mietspiegel aus ökonomischer Sicht – Vorschläge für eine Neueregulierung“ erscheint in Kürze in der Fachzeitschrift *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*.

Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de

Nachgefragt: Was bringt eine EU-Arbeitslosenversicherung für die Eurozone?

„Ein fiskalischer Versicherungsmechanismus darf nicht zu permanenten Transfers führen“

Die Eurokrise hat eine Debatte um eine tiefere fiskalische Integration in der Europäischen Union entfacht. In diesem Zusammenhang wird seit längerem die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Eurozone diskutiert. Mathias Dolls, stellvertretender Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“, äußert sich zu den Chancen und Risiken, die eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung für die Staaten der Eurozone birgt.

Wie könnte eine Arbeitslosenversicherung auf europäischer Ebene aussehen?

Im Wesentlichen werden zwei Modelle diskutiert. Das erste Modell sieht vor, dass sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone auf Mindeststandards für ihre nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme einigen, die in einem zweiten Schritt in einer europäischen Arbeitslosenversicherung eingeführt werden. Jeder Mitgliedsstaat könnte mit seiner nationalen Arbeitslosenversicherung über die Mindeststandards hinausgehen, etwa indem eine höhere Lohnersatzrate oder ein längerer Transferbezug gewährt werden. Dadurch würde die europäische Versicherung einen Teil der nationalen Versicherung ersetzen. Die Finanzierung könnte wie bei den nationalen Systemen über Sozialversicherungsbeiträge erfolgen. Das zweite Modell sieht eine Rückversicherung der nationalen Versicherungssysteme durch einen europäischen Fonds vor. Dabei gibt es zwei zentrale Unterschiede: Die nationalen Systeme würden vollständig bestehen bleiben, Arbeitslose würden also weiterhin Transfers daraus erhalten, die dann von der europäischen Versicherung rückversichert würden. Außerdem würde die europäische Rückversicherung nur in großen Wirtschaftskrisen aktiviert, etwa dann, wenn die Arbeitslosenquote besonders stark anstiege.

Unabhängig vom Modell: Worin besteht grundsätzlich der Mehrwert einer EU-Arbeitslosenversicherung?

Der Mehrwert hängt davon ab, in welchem Ausmaß asymmetrische makroökonomische Schocks in der Eurozone abgefedert werden können, also Schocks, die die einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich stark treffen. Unsere Forschung am ZEW hat gezeigt, dass im Zeitraum zwischen 2000 und 2013 zirka zehn Prozent der Einkommensschwankungen am Arbeitsmarkt durch eine europäische Arbeitslosenversicherung abgefedert worden wären. Sie hätte also insgesamt antizyklisch gewirkt und somit zur Stabilisierung der Eurozone beigetragen.

Worin bestehen die größten Risiken und welche Möglichkeiten gibt es, damit fertig zu werden?

Vor allem darf ein fiskalischer Versicherungsmechanismus nicht zu permanenten Transfers zwischen den Mitgliedsstaaten führen, was auf starken Widerstand in den Nettozahler-Ländern

stoßen würde und politisch auch nicht durchsetzbar wäre. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die politische Reformbereitschaft in Ländern mit strukturellen Arbeitsmarktproblemen nicht geschwächt wird. Bei einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung, die ausschließlich konjunkturell bedingte Kurzarbeitslosigkeit berücksichtigt, wäre die Mehrzahl der Mitgliedsländer, unter anderem auch Deutschland, in manchen Jahren Nettozahler und in anderen Jahren Nettoempfänger gewesen. Es gibt allerdings einige Ausnahmen. Ein mögliches Instrument, um die Wahrscheinlichkeit einseitiger Transfers zu verringern und negativen Anreizwirkungen entgegenzuwirken, wären risikoabhängige, länderspezifische Versicherungsprämien. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist eine Harmonisierung der nationalen Arbeitsmarktpolitiken. Sonst ist die Gefahr groß, dass Länder mit rigiden Arbeitsmärkten auf Kosten anderer Länder mit flexiblen Arbeitsmärkten profitieren. Daher sollte die Teilnahme am gemeinsamen Arbeitslosenversicherungssystem an die Erfüllung von Stabilitätskriterien und Reformanstrengungen geknüpft werden.

Wie lässt sich eine europäische Fiskalunion langfristig umsetzen? Europa hat sich ja bereits auf einen Stabilitätsmechanismus und die Bankenunion verständigt.

Der ZEW-Entwurf für eine Fiskalunion sieht ein Staatsinsolvenzverfahren sowie einen fiskalischen Versicherungsmechanismus in Form einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung vor. Die Kombination dieser beiden Instrumente würde die Marktdisziplin stärken und dazu beitragen, große asymmetrische Schocks abzufedern. Zusammen mit weiteren Reformen im Bankensektor könnte die Eurozone auf ein solides Fundament gestellt werden. Auch wenn diese Vorschläge kurzfristig politisch nicht durchsetzbar erscheinen, ist es wichtig, eine nachhaltige Vision für die Eurozone nicht aus den Augen zu verlieren.



Dr. Mathias Dolls

ist Senior Researcher und stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ am ZEW. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der europäischen Fiskalpolitik. Er war an zahlreichen Forschungsprojekten für nationale Ministerien, die EU-Kommission und die OECD beteiligt und hat in Expertenanhörungen im Europäischen Parlament zu den ökonomischen Effekten einer europäischen Arbeitslosenversicherung Stellung bezogen.

dolls@zew.de

ZEW-Workshop beschäftigt sich mit neuesten Entwicklungen der Migrationsforschung



Ewen Macleod spricht über die globalen Folgen von Vertreibung.

Das ZEW hat zum ersten Mal einen internationalen Workshop zur Integration von Einwanderern organisiert. Rund 25 Wissenschaftler/innen aus dem In- und Ausland nahmen an der Veranstaltung teil und diskutierten die neuesten Entwicklungen der Migrationsforschung. Der Schwerpunkt des Workshops lag ins-

besondere darauf, welchen Einfluss Migration auf Einwanderer sowie auf die jeweiligen Aufnahmeländer hat. Insgesamt 19 Ökonomen/-innen präsentierten aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zur Migrationsforschung.

Zu den Highlights des Workshops zählten die Keynote-Vorträge von Francesc Ortega, Professor am Queens College in New York, sowie von Ewen Macleod, Leiter der Abteilung „Policy Development and Evaluation Services“ des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen. In seinem Vortrag gab Prof. Ortega einen Überblick über verschiedene Aspekte der Einwanderung aus ökonomischer Sicht und präsentierte seine Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen von Einwanderung auf die Nutzung sowie die Qualität öffentlicher Bildungseinrichtungen in Spanien. Ewen Macleod sprach über die globalen Folgen von Vertreibung und brachte seine Meinung sowie die des UN-Flüchtlingshochkommissariats zur globalen Herausforderung zum Ausdruck. In der anschließenden Debatte diskutierte er mit den Forschern/-innen, wie die aus der Zwangsvertreibung entstehenden Herausforderungen angegangen werden könnten.

ZEW erwirbt Institutsgebäude in Mannheim

Das ZEW hat im Jubiläumsjahr sein Institutsgebäude in Mannheim erworben. ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. und der kaufmännische Direktor Thomas Kohl unterzeichneten die Kaufverträge beim Notar im Oktober 2016. Seit der Gründung des Instituts im Jahr 1991 hat das ZEW seinen Sitz in den Quadranten der Mannheimer Innenstadt in direkter Nähe zur Universität Mannheim. Zunächst war das ZEW in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof untergebracht, bis nach Fertigstellung im Jahr 1996 das charakteristische Atrium-Gebäude im Quadrat

L7,1 bezogen werden konnte. Der Erwerb des Institutsgebäudes ist ein historischer Meilenstein für das ZEW. Der Standort bietet eine optimale Lage für Wissenschaft und Praxis, sodass das ZEW auch für die Zukunft gut verortet ist. Die Metropolregion Rhein-Neckar und Mannheim passen sowohl durch die gute Verkehrsverbindung, durch die Nähe zum internationalen Flughafen Frankfurt am Main sowie zu den Universitäten Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe bestens zum ZEW als internationalem Forschungsinstitut.

Internationale Studierende informieren sich über Jobperspektiven am ZEW



Die Gruppe der internationalen Studierenden zu Besuch am ZEW.

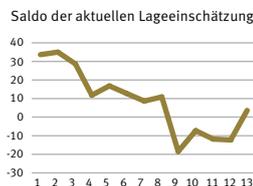
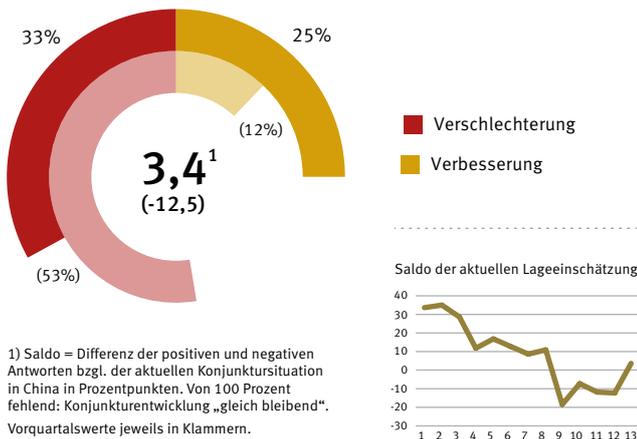
Rund 20 internationale Studierende der Universität Mannheim haben das ZEW besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Arbeit des Instituts zu machen. Der Besuch fand im Rahmen des Modell-

projekts „Step by Step“ des Akademischen Auslandsamts der Universität Mannheim statt, das vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gefördert wird.

Gunter Grittmann, Leiter des Servicebereichs „Information und Kommunikation“ am ZEW, begrüßte die Studierenden und gab einen Überblick über die Aufgaben und Strukturen des Instituts. Über die beruflichen Einstiegsmöglichkeiten in der Forschung und am ZEW, wie beispielsweise die Mitarbeit als studentische Hilfskraft oder eine Promotion, informierte Personalreferentin Ramona Liebhaber-Baghel. Danach erhielten die Studierenden von zwei ZEW-Wissenschaftlern einen Einblick in deren Arbeitsalltag. Francesco Berlingieri aus dem Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ sowie Dr. Zareh Asatryan aus dem Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ berichteten unter anderem über ihren Werdegang und präsentierten ihre Arbeit in den Forschungseinheiten des ZEW anhand von Beispielprojekten.

Deutsche Manager bewerten Chinas Wirtschaftslage wieder besser

Aktuelle Einschätzung der Konjunktursituation in China und Wahrscheinlichkeiten ihrer Richtungsveränderung in den nächsten 12 Monaten

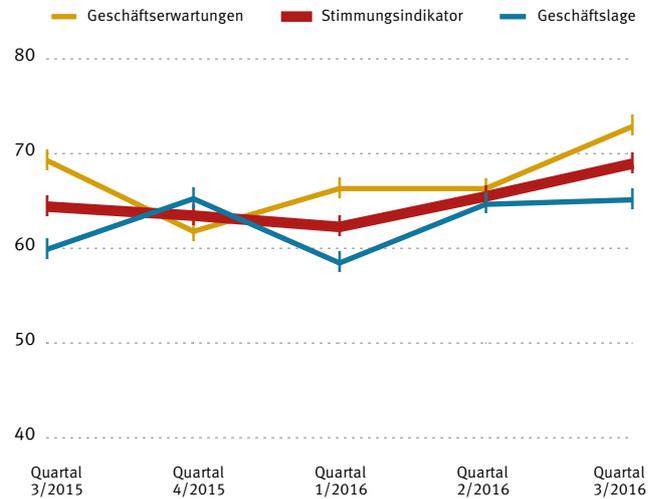


Quelle: ZEW und PwC

Führungskräfte deutscher Unternehmen in China beurteilen die konjunkturelle Entwicklung in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt im vierten Quartal 2016 wieder optimistischer: Die aktuelle chinesische Wirtschaftslage wird nach vier Quartalen in Folge erstmals wieder leicht positiv bewertet, wie das aktuelle ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer zeigt, für das 47 Führungskräfte deutscher Unternehmen in China befragt wurden. Zwar schätzen die Befragten die Wahrscheinlichkeit einer konjunkturellen Abkühlung in den kommenden zwölf Monaten mit 33 Prozent weiterhin relativ hoch ein. Im dritten Quartal hielten die Manager/innen eine Verschlechterung mit 53 Prozent für deutlich wahrscheinlicher. Eine Verbesserung der Konjunktur dynamik erwarten sie mit einer Wahrscheinlichkeit von immerhin 25 Prozent, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorquartal (zwölf Prozent).

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Optimismus nimmt bei Unternehmen der Informationswirtschaft in Deutschland zu



Lesehilfe: Der ZEW Stimmungsindikator Informationswirtschaft steigt im Vergleich zum Vorquartal um 3,4 Punkte und erreicht im dritten Quartal 2016 einen Wert von 68,9 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2016 steigt auf einen Wert von 72,9 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage steigt auf 65,1 Punkte. Quelle: ZEW

Bei den Unternehmen der Informationswirtschaft in Deutschland herrscht im dritten Quartal 2016 weiterhin eine gute konjunkturelle Stimmung. Der entsprechende ZEW Stimmungsindikator legt im Vergleich zu einem ohnehin bereits hohen Wert im Vorquartal noch einmal um 3,4 Punkte zu und erreicht einen Stand von 68,9 Punkten. Damit wird die wirtschaftliche Situation in der Informationswirtschaft von einer deutlichen Mehrheit der Unternehmen als positiv eingeschätzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage bei Unternehmen der Informationswirtschaft, die das ZEW im September 2016 durchgeführt hat. Der Anstieg des Stimmungsindikators ist in erster Linie auf eine positive Entwicklung der Geschäftserwartungen bezüglich des Umsatzes und der Nachfrage nach eigenen Produkten und Dienstleistungen zurückzuführen.

Daniel Erdsiek, erdsiek@zew.de



Festakt zum 25-jährigen Jubiläum

In seiner 25-jährigen Geschichte hat sich das ZEW als eines der wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute profiliert, insbesondere durch die Bearbeitung international vergleichender Fragestellungen im europäischen Kontext und durch den Aufbau bedeutender Datenbanken. Am 8. Dezember 2016 lädt das Institut zu einem Festakt ein, um das Jubiläum mit einem wissenschaftlichen und kulturellen Programm zu feiern und den Blick auf seine aktuelle Arbeit und weitere Entwicklung zu richten. Teilnahme auf Einladung. Bei Interesse schreiben Sie bitte an event@zew.de.

ZEWnews Leserumfrage

Liebe Leserinnen und Leser, Das ZEW ist bestrebt, die ZEWnews weiterzuentwickeln und zu verbessern. Hierzu benötigen wir Ihre Hilfe. Bitte nehmen Sie sich fünf bis zehn Minuten Zeit, um an der Leserumfrage online unter <http://limesurvey.zew.de/limesurvey/index.php/117579?lang=de> teilzunehmen. Wir freuen uns über Ihre Anregungen und bedanken uns im Voraus herzlich! Ihre ZEWnews-Redaktion





Foto: ZEW

Donald Trump – Einzug der Ungewissheit ins Weiße Haus

Donald Trump ist am 8. November 2016 von 59 Millionen US-Bürgerinnen und Bürgern zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden. Der Immobilienunternehmer ist nicht Teil des politischen Establishments der USA,

was mit ein Grund für seine Wahl war.

Fester Bestandteil des Trumpschen Wahlkampfprogramms war die kritische Auseinandersetzung mit dem bestehenden System. Dabei richteten sich seine Angriffe sowohl gegen politische Institutionen, etwa indem er die unabhängigen und freien Wahlen anzweifelte, als auch gegen wirtschaftliche Institutionen. Die Zinspolitik der US-amerikanischen Zentralbank Fed kritisierte er und griff deren Präsidentin, Janet Yellen, persönlich an. Die weitere Entwicklung ist schwer abzusehen. Ein Rücktritt von Yellen kann nicht ausgeschlossen werden. Allerdings geht es für die Fed gerade jetzt darum, ihre Unabhängigkeit zu beweisen.

Trumps wirtschaftspolitisches Programm lässt eine klare Linie vermissen. In Teilen setzt er auf den Markt. Mit einem Ausbau der Infrastruktur und einer Senkung der Steuern für Unternehmen und Hochverdiener will er das Wachstum ankurbeln. Andere Teile seines Wirtschaftsprogramms dagegen drücken eine große Marktskepsis aus. Seine Pläne etwa zur Beschränkung des internationalen Handels und der Migration würden zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung führen. Trumps protektionistische Politik würde auch Auswirkungen auf die Wirtschaft in Europa haben. Die Hürden für einen erfolgreichen Abschluss von TTIP, dem gemeinsamen Handelsabkommen zwischen den USA und Europa, sind noch höher geworden, als sie ohnehin schon auf beiden Seiten waren.

Trumps Pläne würden weiter mit einem Anstieg der Staatsverschuldung einhergehen. Diese ist in den USA seit dem Jahr 2007 von 64 Prozent auf heute 107 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Die Größenordnung ist gewaltig, allerdings ist es den USA bisher immer gelungen, durch Wirtschaftswachstum ihre Verschuldung in den Griff zu bekommen.

Im Vorfeld der Wahl hatten sich viele namhafte amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler gegen Donald Trump ausgesprochen. Sie kritisierten den durch Trump geförderten Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen. Sie wiesen außerdem darauf hin, dass seine Sicht auf den internationalen Handel als Nullsummenspiel sowie seine Aussagen zu den Wirkungen des internationalen Handels auf Arbeitsplätze und Löhne empirisch falsch seien.

Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten zieht die Ungewissheit in die amerikanische Politik ein. Es ist unklar, welche von seinen vielen Versprechen er umsetzen will, und welche davon er umsetzen kann. Es zeichnet sich ab, dass es der unter Barack Obama vorangetriebene Klimaschutz schwer haben wird mit einem Präsidenten, der nicht an den Klimawandel glaubt. In einem republikanisch dominierten Kongress scheinen einige Versprechen zudem einfacher durchsetzbar zu sein als andere: Initiativen zur Steuersenkung etwa sollten auf Zustimmung der Republikaner stoßen. Auch würde die Abschaffung von „Obamacare“, der Reform der Krankenversicherung durch Barack Obama, wohl von vielen Republikanern unterstützt werden.

Der Wahlkampf in den USA war keine Werbung für die Demokratie. Die Angriffe Trumps auf Pfeiler der Gesellschaft waren unverantwortlich. Allerdings sind die „checks and balances“, also die kontrollierenden und ausgleichenden Mechanismen der verschiedenen Machtzentren des amerikanischen politischen Systems, stabil. Sie werden auch mit einem Präsidenten Donald Trump umgehen können.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl
Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-128 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail elbert@zew.de
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2016 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft